

## ■ WIRTSCHAFTSCHRONIK

### III. QUARTAL 1997

*Drei Themen beschäftigen die Mitglieder der Europäischen Union: das Erreichen der Konvergenzkriterien zur Teilnahme an der Währungsunion, die künftige Osterweiterung der EU sowie interne Reformen der Agrarpolitik und des Strukturfonds. Die südostasiatische Finanzwelt gerät in eine von Thailand ausgehende Finanzkrise. Japan versucht durch Finanzhilfen an Thailand das Ausmaß des Schadens für den gesamten asiatischen Raum zu begrenzen.*

**1. Juli:** Hongkong wird nach 156 Jahren britischer Verwaltung Teil der Volksrepublik China

### AUSLAND

**4. Juli:** Eine in Deutschland vorgesehene große Steuerreform für 1998 und 1999 wird vom Bundesrat abgelehnt

Wim Duisenberg übernimmt die Leitung der Europäischen Zentralbank

Die Vereinigung der beiden deutschen Großbanken Bayerische Vereinsbank AG und Bayerische Hypotheken- und Wechselbanken AG läßt Mitte 1998 das zweitgrößte deutsche Bankinstitut, die Bayerische Hypo- und Vereinsbanken AG, entstehen

**15. Juli:** Die EU-Kommission verabschiedet ihre Stellungnahme zu den Beitrittsansuchen der 10 Länder Ost-Mittleuropas. Unter dem Titel „Agenda 2000“ empfiehlt die Kommission die baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Estland. Nach Ansicht der Kommission erfüllen Rumänien, Bulgarien, Lettland, Litauen und die Slowakei die 1993 in Kopenhagen vom Europäischen Rat festgelegten wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für den Beitritt nicht: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Menschenrechte sowie eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten

Darüber hinaus werden in der „Agenda 2000“ EU-interne Reformen der Agrarpolitik, der Regionalbeihilfen und der Haushaltspolitik vorgeschlagen. Agrarpolitik und strukturpolitische Maßnahmen zählen zu den größten Ausgabenpositionen im EU-Haushalt. Im landwirtschaftlichen Bereich soll die Preisstützungspolitik weiter abgebaut werden, die Strukturpolitik soll durch die Herabsetzung von derzeit sieben auf drei Zielgebiete neu definiert werden

Abgeschlossen am 8. Oktober 1997.

**18. Juli:** Der russische Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin verlautbart im Anschluß an seinen Besuch bei der EU-Kommission, daß Rußland einen Beitritt zur Europäischen Union vorbereitet

**21. Juli:** Die französische Regierung schlägt provisorische „Euro-Steuern“ vor, um die Vorgaben des Maastricht-Vertrags für das Nettodefizit (3% des BIP) zu erreichen. Die Gewinnbesteuerung der Großunternehmen wird für zwei Jahre von 36,6% auf 41% erhöht. Die Belastung der Großunternehmen wird von der Regierung durch den künftigen Wettbewerbsvorteil dieser Unternehmen in der Währungsunion begründet

**23. Juli:** Um Anspruchsberechtigte zu den nachrichtlosen Konten aus dem Zweiten Weltkrieg zu finden, leiten die Schweizer Banken ein Verfahren ein. Der Gesamtwert dieser Konten wird auf 60 Mrd. sfr geschätzt. Internationale Zeitungen veröffentlichen Listen mit über 2.100 Namen, um die Inhaber oder ihre Nachfolger ausfindig zu machen

**24.–25. Juli:** Anlässlich des Ministertreffens der südostasiatischen Staaten werden Burma und Laos als neue Mitglieder in den ASEAN-Staatenbund aufgenommen. Die ASEAN-Gemeinschaft (bisher Indonesien, Malaysia, Philippinen, Brunei, Singapur, Thailand und Vietnam) umfaßt nun insgesamt 9 Länder. Kambodscha wurde wegen der gegenwärtigen Unruhen nicht aufgenommen, womit das lange angestrebte Ziel ASEAN 10 nicht erfüllt wurde

**13. September:** Der Ecofin-Rat, bestehend aus Notenbankpräsidenten und Finanzministern der EU, einigt sich bei seinem informellen Treffen, im Mai 1998 sowohl den Teilnehmerkreis der Währungsunion als auch die bilateralen Wechselkurse für den Eintritt in die WWU festzulegen

Weitere Themen sind die Steuerharmonisierung sowie die Nettobelastung einzelner Mitgliedsländer

**Mitte September:** Die Slowakei erhebt auf 80% der Einfuhr einen Importzuschlag von 7%; die Regelung ersetzt das seit 1. Mai 1997 vorgeschriebene Importdepot, welches Importeure verpflichtete, 20% des Warenwertes für 180 Tage zu veranlagen. Bis 1998 soll diese Abgabe schrittweise (–½ Prozentpunkt pro Halbjahr) wieder abgeschafft werden.

**17. September:** Rußland wird als 19. Mitglied des Pariser Clubs aufgenommen. Anfang 1996 hat die Gläubigervereinigung eine über 25 Jahre laufende Umschuldung vereinbart. Den Verpflichtungen aus der früheren UdSSR von 40 Mrd. \$ stehen Guthaben von 50 Mrd. \$ in Staaten der Dritten Welt gegenüber; Rußland wird dadurch zum Gläubigerland.

**18.–24. September:** In Hongkong findet die Jahresversammlung der Bretton-Woods-Institute statt; im Mittelpunkt stehen die Finanzturbulenzen, die im Juli von

Thailand ausgehend den gesamten ostasiatischen Raum erschüttert haben. Unter diesen Rahmenbedingungen wird der japanische Vorschlag eines Asiatischen Währungsfonds diskutiert

Der Direktor des Währungsfonds, Michel Camdessus, bedauert, daß auf dem Weg zur WWU zu wenig auf die Flexibilisierung der Arbeits- und Gütermärkte und zuviel auf die Einhaltung der Defizitkriterien geachtet werde

Beschlossen werden eine Quotenerhöhung des Währungsfonds um 45%, die Verdoppelung der Sonderziehungsrechte auf 42,8 Mrd. SZR sowie deren neue Allokation. Notwendig wurde diese Neuregelung, da 38 der 181 Mitgliedsländer noch nicht in den Genuß von SZR kamen.

Die Weltbank erreicht eine Kapitalerhöhung der MIGA (Multilateral Investment Guarantee Agency)

## INLAND

*Die wirtschaftspolitische Diskussion in Österreich ist vom Thema Pensionsreform dominiert. Als formale Grundlage zur Ausarbeitung eines Entwurfes für die Reform dient die Studie von Rürup. Ohne Zustimmung der Sozialpartner geht ein Vorschlag der Regierung zur Pensionsreform in die Begutachtung. Das Doppelbudget für 1998 und 1999 wird mit einem Nettodefizit von 2,6% des BIP die angestrebten Budgetziele laut Maastricht-Vertrag erreichen. Der Finanzsektor wird durch eine weitere Fusion neu strukturiert: Die Erste Österreichische Sparkasse und die Girokredit schließen sich zur Ersten Bank zusammen.*

**2. Juli:** In seiner vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Auftrag gegebene Studie „Perspektiven der Pensionsversicherung in Österreich“ schlägt Rürup folgende Reformmaßnahmen als Diskussionsgrundlage der Sozialpartnerverhandlungen vor:

- Ausweitung der Bemessungsgrundlage auf das gesamte Erwerbseinkommen, zumindest Ausdehnung,
- einheitliche Anrechnung der gesamten Versicherungszeit für alle Sozialversicherten,
- Entkoppelung der Pensionsanpassung vom Verbraucherpreisindex (bisher gilt der VPI als Untergrenze des Anpassungsfaktors),
- Anpassung des Pensionseintrittsalters der Frauen an das der Männer ab 2005,
- Versicherungspflicht für alle Entgeltformen aus einer Erwerbstätigkeit,

- Finanzierung der Ersatzzeiten durch Bund, Krankenkasse oder Arbeitslosenversicherung,
- Ausfallhaftung für ein Finanzierungsdefizit nicht nur durch den Bund, sondern auch durch Beitragszahler und Pensionsempfänger,
- Schaffung von Teilpensionen bei geminderter Erwerbsfähigkeit (z. B. nach dem Grad der Erwerbsminderung),
- Anreize zum Ausbau der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge,
- demographische Korrekturfaktoren in der Pensionsformel wie z. B. Restlebenserwartung

**15. Juli:** Drei neue Mitglieder werden ins Direktorium der OeNB berufen: Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek (Liquiditäts- und Portefeuillemanagement und Interne Dienste, Vertretung des Generaldirektors), Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell (Volkswirtschaft und Finanzmärkte), Erwin Tischler (Informationsverarbeitung und Geldwesen)

**24. Juli:** Die Bundesregierung verabschiedet erstmals ein Doppelbudget. Dieses sieht für 1998 Einnahmen von 682 Mrd. S und Ausgaben von 749,3 Mrd. S vor. Im darauffolgenden Jahr werden die Einnahmen mit 690,2 Mrd. S und die Ausgaben mit 760,3 Mrd. S veranschlagt. Für beide Jahre errechnet man das Nettodefizit mit 2,6% des BIP.

**1. August:** Das neue Telekommunikationsgesetz tritt in Kraft (BGBl. I 100/1997): „Zweck dieses Bundesgesetzes ist es, durch Förderung des Wettbewerbes im Bereich der Telekommunikation die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit zuverlässigen, preiswerten, hochwertigen und innovativen Telekommunikationsdienstleistungen zu gewährleisten.“

Die Regulierungsmaßnahmen sollen die Standortqualität, den Wettbewerb, einen flächendeckenden Univer-

saldienst sowie die effiziente und störungsfreie Nutzung von Funkfrequenzen sicherstellen

**25. August:** Connect Austria erhält für 2,3 Mrd. S die dritte Lizenz für ein Mobiltelefonnetz in Österreich. Das Konsortium bestehend aus RHI, Viag, Telenor, Tele Danmark, Orange sowie Constantia Privatbank und wird 4,5 Mrd. S an Kapital einbringen.

**30. September:** Die Gehaltsverhandlungen der Bundesbediensteten werden mit der Vereinbarung einer einheitlichen monatlichen Erhöhung um 466 S ab 1. Jänner 1998 abgeschlossen. Die daraus resultierende Erhöhung der Lohnsumme der Beamten um 2,9 Mrd. S bedeutet eine Steigerung um 1,7% (auf Basis 1995).

**6. Oktober:** Die Erste Bank – der Zusammenschluß von Erster Österreichischer Sparcasse und Girokredit – wird in das Firmenbuch eingetragen. Sie wird nach der Bank Austria die zweitgrößte Bank Österreichs sein.

Die Umtauschaktion von CA-Aktien in Bank-Austria-Aktien beginnt. Die Aktionäre erhalten für 3 CA-Stamm- oder Vorzugsaktien mit einem Nominale von 100 4 Bank-Austria-Stamm- oder Vorzugsaktien mit einem Nominale von 100 3 CA-Partizipationsscheine mit einem Nominale von 500 werden gegen 20 Bank-Austria-Partizipationsscheine mit einem Nominale von 100 eingetauscht.

**7. Oktober:** Das Schengen-Exekutivkomitee, das in Wien unter dem Vorsitz Österreichs tagt, setzt das Schengen-Durchführungsübereinkommen für Österreich, Italien und Griechenland in Kraft.

Somit entfallen in Österreich die Personenkontrollen ab 1. Dezember 1997 am Flughafen Schwechat für Passagiere aus dem Schengen-Raum und ab 1. April 1998 an den Schengen-Binnengrenzen zu Deutschland und Italien.